

NACHRICHTEN

Saarländer haben 2009 weniger gebaut

Saarbrücken. Insgesamt 703 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude haben die saarländischen Bauaufsichtsbehörden 2009 erteilt. Damit hat sich nach Angaben des Statistischen Amtes Saarland die Bauanfrage binnen Jahresfrist um 15,3 Prozent verringert nach einem Plus von 1,5 Prozent im Vorjahr. Besonders auffallend: Die Nachfrage nach Ein- und Zweifamilienhäusern ging um 16,4 Prozent auf 646 Bauvorhaben zurück. red

IHK lädt zum Wirtschaftstag USA

Saarbrücken. Mit Chancen saarländischer Unternehmen in den USA beschäftigt sich der Wirtschaftstag USA der Industrie- und Handelskammer (IHK) Saarland morgen, 24. März, von zehn bis zwölf Uhr. Mit einem jährlichen Handelsvolumen von über 700 Millionen Euro ist die USA wichtigster Handelspartner des Saarlandes außerhalb des EU-Binnenmarktes. Gesprächspartner sind Kristian Wolf, Geschäftsführer der Auslands-handelskammer Atlanta sowie Rechtsanwalt Markus Kraus von der Kanzlei Smith, Gambrell und Russel. red

◆ **Information** und Anmeldung: Savas Poyraz, Telefon (0681) 95 20 420 oder savas.poyraz@saarland.ihk.de

Immer mehr Friseure in Deutschland

Düsseldorf. Immer mehr Berufstätige sehen ihre Chance als Friseur. Zum Stichtag 30. Juni 2009 waren 76 219 Friseure in der Handwerksrolle eingetragen, ein Zuwachs von 18,9 Prozent gegenüber dem Jahr 2000. Dies teilten gestern die Messe Düsseldorf und die Top Hair International GmbH mit. Anlass ist die am Samstag beginnende Fachmesse für die internationale Friseurbranche „Top Hair“. ddp

Verhaltener Börsenstart für Kabel Deutschland

Frankfurt. Die Aktie des größten deutschen Kabelnetzbetreibers Kabel Deutschland ist gestern bei ihrer Börsenpremiere nur auf verhaltene Nachfrage gestoßen. Dabei kam sie kaum über den Ausgabepreis von 22 Euro hinaus. Der Schlusskurs lag bei 22,24 Euro. Kabel Deutschland hat im Zuge des Börsengangs 34,5 Millionen Aktien ausgegeben und damit 760 Millionen Euro eingespielt. Die Einnahmen fließen den Eigentümern zu, wie etwa der US-Beteiligungs-firma Providence. dpa

BMW-Dieselmotoren für US-Polizeiwagen

Washington. Amerikanische Streifenwagen fahren künftig mit BMW-Technik. Der US-Autohersteller Carbon Motors hat bei den Bayern mehr als 240 000 Dieselmotoren für seinen neuen Super-Polizeiwagen E7 bestellt. Die Lieferung beginnt 2012. dpa

Produktion dieser Seite:

Volker Meyer zu Tittingdorf
Thomas Sponticcia

Wirtschaft

Telefon: (06 81) 5 02 22 34
Fax: (06 81) 5 02 22 39
E-Mail: wirtschaft@sz-sb.de

Team Wirtschaft:

Monika Kühborth (ika, Leiterin),
Volker Meyer zu Tittingdorf (mzt),
Thomas Sponticcia (ts),
Lothar Warscheid (low),
Joachim Wollschläger (jwo)

Schwarz-Gelb will Bankenabgabe

Finanzwirtschaft soll für künftige Krisen vorsorgen

Die Koalition von Union und FDP plant eine Bankenabgabe. Die Opposition bezeichnet die Vorschläge als Mogelpackung. Die Sparkassen halten es für ungerechtfertigt, in den Krisenfonds einzahlen zu müssen.

Berlin. Die schwarz-gelbe Koalition will Banken über eine neue Abgabe in Milliardenhöhe zur Kasse bitten. Mit dem Geld soll ein Krisenfonds eingerichtet werden, damit Banken bei künftigen Notlagen selbst gerastet werden und nicht mehr die Steuerzahler einspringen müssen. Der Fonds soll in künftigen Krisen und bei Schiefen von Banken einspringen und die Rettungskosten tragen. Vizekanzler Guido Westerwelle (FDP) sagte: „Wir sind uns alle einig, dass die Verursacher der Bankenkrise auch für die Folgen einstehen müssen. Das kann nicht alles auf dem Rücken der Steuerzahler ausgegossen werden.“

SPD: Fonds zu schwach

Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) kündigte eine „Art Versicherungslösung“ für die Zukunft an. Berücksichtigt werden soll bei der Höhe der geplanten Beiträge auch die „Systemrelevanz“ eines Instituts, also seine Bedeutung für das gesamte Finanzsystem. Höhe und Dauer der Abgabe sind bisher noch offen. Das Beitragsvolu-

men wird nach ersten Schätzungen bei etwa 1,2 Milliarden Euro pro Jahr liegen. Es dürfte damit also viele Jahre dauern, bis der geplante Krisenfonds für eine größere Schiefenlage ausreichend gefüllt ist. Womöglich können die Banken die Beiträge auch steuerlich als Betriebskosten absetzen. Die Eckpunkte der Abgabe werden voraussichtlich nächste Woche im Kabinett beschlossen.

„Es wird eine Abgabe geben, dass diejenigen, die ein hohes systemisches Risiko haben, auch stärker daran beteiligt werden“, sagte Kauder. Sparkassen und Volksbanken würden nicht in dieser Weise belastet, weil sie solche Risiken nicht hätten. Der Sparkassenverband DSGV lehnte eine Einbeziehung der Sparkassen grundsätzlich ab. Es sei zwingend, die Abgabe „dort anzusetzen, wo eine besonders hohe Risikoneigung beziehungsweise besonders hohe Systemrelevanz herrscht“. Bei Sparkassen sei die Bilanzsumme bereits über das eigene Sicherungssystem der Finanzgruppe abgesichert.

Die Privatbanken begrüßten einen Stabilisierungsfonds. Davon profitiere die gesamte Finanzwirtschaft. „Deshalb sollte grundsätzlich die gesamte Finanzwirtschaft beitragen, in Abhängigkeit des jeweiligen Risikos“, forderte der Bundesverband deutscher Banken. Zu-

dem sollte der Fonds national begrenzt sein. Für eine europäische Lösung fehlten Voraussetzungen. Auch müsse der Staat in der Verantwortung bleiben, etwa durch die Aufsicht über den Fonds.

SPD-Chef Sigmar Gabriel lehnt eine allgemeine Bankenabgabe als Vorsorge für künftige Krisen ab. Eine solche Abgabe dürfe auf keinen Fall Sparkassen und Volksbanken belasten und von Kunden über höhere Kreditzinsen bezahlt werden. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Joachim Poss bezeichnete die Pläne als „Mogelpackung“. Denn die Banken könnten sich zu einem relativen geringen Preis Risiken entledigen, und der Fonds werde nie und nimmer genug Mittel erhalten, um eine größere Bank vor einer Pleite retten zu können. „Damit ist angelegt, dass auch in Zukunft der Steuerzahler die Bankenrettung tragen müssen.“ Grünen-Chef Cem Özdemir kritisierte, dass die „die uns diese Suppe eingebrockt haben“, aus der Verantwortung entlassen würden. dpa/red

MEINUNG

Viele offene Fragen

Von SZ-Korrespondent Stefan Vetter

Es steckt viel taktisches Kalkül dahinter, wenn die Bundesregierung in Sichtweite der Wahl in Nordrhein-Westfalen eine Bankenabgabe aus der Taufe hebt. Schlecht ist das Vorhaben deshalb keineswegs. Es wirft aber eine Reihe von Fragen auf. Die größten Zocker sind schon in staatlicher Obhut. Müssten Commerzbank oder HRE künftig für ihre Risikogeschäfte bluten, würde sich der Staat selbst bestrafen. Zu klären ist auch, in welchem Maße Spar-

kassen und Genossenschaftsbanken, die in der Finanzkrise als Vorbilder gepriesen wurden, in die Abgabe einbezogen werden. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit: Denn auch diese Geldinstitute profitierten davon, dass die Bundesregierung den Finanzmarkt mit gigantischen Steuermilliarden stabilisiert hatte. Folglich sollten auch alle zur Abwehr künftiger Krisen zahlen. Dabei müssen die Maßnahmen schon aus Wettbewerbsgründen auch noch international koordiniert werden. Einstweilen ist die Bankenabgabe nur ein populäres Schlagwort.



Im Frankfurter Bankenviertel muss man sich auf neue Belastungen gefasst machen.

Foto: dpa

Fonds soll Hilfgelder für künftige Krisen ansammeln

Regierung erwartet Einnahmen von rund 1,2 Milliarden Euro pro Jahr – US-Pläne als Vorbild

Die Politik hat sich auf eine Bankenabgabe verständigt, um die Verursacher der Krise stärker in die Verantwortung zu nehmen. Es sollen Rücklagen geschaffen werden, damit die Finanzwirtschaft künftig angeschlagene Institute selbst und ohne Staatshilfe retten kann.

Welche Modelle für Bankensteuern werden diskutiert?

Seit dem G20-Treffen der wichtigsten Wirtschafts-nationen Ende September liegen mehrere Vorschläge auf dem Tisch: eine internationale Finanztransaktionssteuer, die in Schweden eingeführte Stabilitätsabgabe für Banken und die von US-Präsident Barack Obama vorgeschlagene Abgabe für große Institute.

Was steckt hinter dem US-Modell?

Die Abgabe soll ab 30. Juni für zehn Jahre erhoben werden. Einbezogen werden sollen

große Unternehmen des Finanzsektors mit einer Bilanzsumme von mehr als 50 Milliarden US-Dollar (35 Milliarden Euro). Dazu gehören neben Banken auch Versicherer. Die Abgabe soll 0,15 Prozent der Bilanzsumme betragen. Als Alternative wird diskutiert, die 0,15 Prozent von den Erträgen zu erheben. Das Aufkommen wäre dann geringer.

Wie ist der Stand der deutschen Debatte?

Bundeschancellorin Angela Merkel (CDU) sowie Teile der Union hatten sich zunächst für eine globale Finanzmarktsteuer ausgesprochen. In der FDP ist eine solche Steuer aber umstritten. Die schwarz-gelbe Koalition plant nun eine Bankenabgabe.

Wie könnte sie aussehen?

Die Grundsatzdebatte vom Sonntag orientiert sich am US-Modell. Letztlich geht es da-

rum, „Zocker-Banken“ zu zähmen. Auch will sich der Staat bei künftigen Krisen nicht mehr von großen Banken erpressen lassen. Offen ist, ob auch Versicherer einbezogen werden.

Können die Verursacher der Krise ungeschoren davon?

Mit der Abgabe soll ein Topf für neue Krisen gefüllt werden. Die Kosten der 2007 ausgebrochenen Bankenkrise sollen damit nicht bezahlt werden. Bei einer rückwirkenden Abgabe würde es verfassungsrechtliche Probleme geben. Die Regierung will die Banken mit der Abgabe jedoch nicht überfordern. Denn die Institute sollen die Wirtschaft mit Krediten versorgen können.

Wie viel sollen die Banken zahlen?

Die Höhe soll sich danach richten, welche Risiken von einer Bank für Branche und

Volkswirtschaft ausgehen. Große Institute mit Bedeutung für den gesamten Markt dürften stärker zur Kasse gebeten werden. Als Bemessungsgrundlage könnte die Bilanzsumme abzüglich gesicherter Einlagen gelten.

Wie könnte die Abgabe erhoben und umgesetzt werden?

Geplant ist, die Abgabe an einen Fonds außerhalb des Bundeshaushalts zu zahlen.

Welche Einnahmen sind möglich?

Vieles ist offen. Weder die Berechnungsmethode noch der Stichtag oder die Dauer der Einzahlung stehen fest. Das Beitragsvolumen wird nach ersten Schätzungen bei etwa 1,2 Milliarden Euro pro Jahr liegen. Von einer Sonderabgabe nach US-Vorbild wären nach Berechnungen der Bundesbank und der Finanzaufsicht Bafin 21 Banken und zehn Versicherer betroffen. dpa

Studie zeigt Defizite bei der Unternehmensnachfolge

Unternehmen im Saarland sind vergleichsweise schlecht auf eine Führungsnachfolge vorbereitet. Das ist das Ergebnis einer Studie, die gestern Abend in der IHK vorgestellt wurde.

Saarbrücken. Viele Unternehmer im Saarland bereiten sich nur halbherzig auf die Übergabe ihres Unternehmens vor. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Professoren Andy Junker und Jürgen Griebisch vom Institut für Unternehmenswertsteigerung gestern Abend in der Industrie- und Handelskammer Saarbrücken vorgestellt haben. Obwohl im Saarland laut der Studie pro Jahr rund 850 Unternehmen eine Nachfolgelösung brauchen, haben 70 Prozent der befragten Unternehmen – angeschrieben wurden Unternehmen, bei denen der Senior-Unternehmer über 55 Jahre alt ist – ihre Nachfolge noch nicht geregelt. 52 Prozent


Anzeige

GEWINNEN SIE EIN MUSIKALISCHES OSTERFEST

Ihre SZ verlost 3 Gewinnpakete für jeweils 2 Personen. Erleben Sie am 04. April (Ostersonntag) das Musical „Hairspray“ live im Musical Dome Köln.

Mitmachen ist ganz einfach: Rufen Sie die Gewinnspiel-Hotline 01379/ 37 11 38 0* an und schon sind Sie im Lostopf.

* Die Hotline ist bis zum 23.03., 24.00 Uhr geschaltet. Ein Anruf kostet 50 Cent aus dem deutschen Festnetz. Mitarbeiter der Unternehmensgruppe Saarbrücker Zeitung und deren Angehörige sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Keine Barauszahlung des Gewinns möglich. Die Gewinner werden telefonisch benachrichtigt.




der Unternehmen planen dabei eine externe Nachfolge, 37 Prozent wollen sich auch vollständig aus der Geschäftsführung zurückziehen.

Die Übergabepläne allerdings haben nur wenig Einfluss auf das Tagesgeschäft. Bei den Maßnahmen der Zukunft haben langfristige Projekte – wie die Modernisierung des Maschinenparks und die Anpassung der Fertigung und der Produktion – nur geringe Priorität.

„Die Studie zeigt, dass viele Unternehmer zwar überzeugt sind, dass eine geregelte Übernahme funktionieren wird, sie gleichzeitig aber die passenden Schritte nicht eingeleitet haben“, sagt Junker. „So sind viele Unternehmen viel zu stark auf die Führungspersönlichkeit zentriert.“ Als größtes Problem sahen die Unternehmer deshalb auch die notwendige Pflege des Beziehungsnetzwerkes – statt dieses Problem durch frühes Einziehen einer zweiten Führungsebene aus der Welt zu räumen.

Die Umfrage haben die beiden Professoren in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium, der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer im vergangenen Dezember durchgeführt. jwo

Saar-Linke fordert Rettungsplan für Halberg Guss

Saarbrücken. Der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im Landtag, Heinz Bierbaum fordert eine Auffanggesellschaft mit Beteiligung des Landes und der Belegschaft zur Rettung von Halberg Guss. „Dabei soll das Land die Federführung übernehmen, beispielsweise vertreten durch die Saarländische Investitions- und Kreditbank SIKB.“ Die Kurzarbeit sei beendet, Mitarbeiter aus der Transfergesellschaft zurückgerufen werden. Das Unternehmen sei voll ausgelastet, verfüge über zukunftsträchtige Neuentwicklungen. red